

Kommentar zum Bericht über die Reise der Delegation des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres, Sport und Integration in die Republik Kosovo

Vom 15. bis zum 18. November 2009 reiste eine Delegation des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres, Sport und Integration in die Republik Kosovo, um sich hinsichtlich der Rückführung von in Deutschland lebenden Flüchtlingen einen Eindruck von den Lebensbedingungen vor Ort zu verschaffen. Die Delegation kommt in ihrem Bericht zu dem Ergebnis, dass die Rückführung in den Kosovo zumutbar ist.

Die GfbV hält diesen Schluss für unhaltbar.

Liest man den Bericht der Delegation kritisch, werden schwerwiegende Probleme bei der Reintegration von Flüchtlingen – insbesondere von Angehörigen der Minderheiten Roma, Aschkali und Ägypter (RAE) – deutlich. Es ist erstaunlich, dass die Delegation dennoch für die Rückführung von Flüchtlingen in den Kosovo plädiert.

Im Folgenden wird zunächst kurz auf die Probleme eingegangen, die im Bericht der Delegation zwar erkannt, aber in der zusammenfassenden Beurteilung der Lage aus Sicht der GfbV nicht ausreichend stark gewichtet wurden. Um diese Sichtweise zu stützen, soll dann gezeigt werden, dass einige der Argumente, die laut Bericht für oder zumindest nicht gegen die Rückführung sprechen, nicht der Lebenswirklichkeit im Kosovo entsprechen.

Die Delegation hat erhebliche Mängel im Justizsystem und die Anfälligkeit für Korruption festgestellt. Außerdem sei die Sicherheitslage in Teilgebieten „weiterhin angespannt“. (S. 4) Es wird auf den teuren Wohnraum in Ballungszentren und die oft ungeklärten Besitzverhältnisse an Grund und Boden verwiesen. (S. 5) Beispielsweise verfügen von den „ehemals 8000 Roma, die in Mitrovica über Eigentum verfügten, heute nur noch 300 Roma“ über Grundeigentum. (S.14) Die Wirtschaftslage wird als „prekär“ bezeichnet und man habe seit der Unabhängigkeitserklärung keine spürbare Verbesserung verzeichnen können. Die Arbeitslosigkeit sei hoch und viele müssten ihren Lebensunterhalt durch Gelegenheitsarbeiten, Unterstützung in der Familie und Geldüberweisungen aus dem Ausland finanzieren. (S. 5) Bei RAE-Angehörigen gäbe es eine „besonders hohe Arbeitslosenquote“, da sie „häufig nicht über erforderliche Qualifikationen verfügen“. (S. 11)

Aus diesen Ausführungen wird aus Sicht der GfbV ersichtlich, dass die Rückführung ohne die Garantie von Wohnraum, ausreichendem Einkommen und gesichertem rechtlichen Status nicht tragbar ist. Zur Gewährleistung dieser Voraussetzungen gibt es verschiedene Institutionen und Projekte, die die Delegation besucht hat. Dabei wurde sie mit schwerwiegenden Problemen bei der Umsetzung konfrontiert. Beispielsweise erfuhr die Delegation im Gespräch mit dem Leiter des UNHCR im Kosovo, dass sich seine Aufgabenwahrnehmung schwierig gestaltet, da in den Kommunen „weder Knowhow noch Mittel vorhanden seien“. (S. 5) Von verschiedenen Gesprächspartnern wurde der konkrete Appell, dass die Rückführung – insbesondere der Roma-Angehörigen – in der aktuellen Situation nicht akzeptabel ist, an die Delegation herangetragen. (S. 15, 17).

All diese Fakten und Meinungen gewichtet die Delegation offenbar nicht besonders stark. Stattdessen stützt sie sich auf teilweise beschönigende und undifferenzierte Darstellungen, auf die im Folgenden eingegangen wird.

Zur Sicherheitslage in der Republik Kosovo (S. 4)

Im Bericht wird behauptet, dass sich das politische System der Republik seit der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo gefestigt hat. Die Republik Kosovo sei inzwischen von 62 Staaten anerkannt worden. Die Sicherheitslage habe sich seit den Unruhen im März 2004 weitgehend beruhigt und sei überwiegend stabil, in Teilgebieten aber weiterhin angespannt.

GfbV: Dass Serbien die Republik Kosovo nicht anerkannt hat, und welche Konsequenzen dies auf die politische Stabilität und interethnische Beziehungen in der Region hat, wird nicht erwähnt. Die nur eingeschränkte Souveränität und die de facto bestehende Teilung des Kosovo werden im Bericht nicht deutlich gemacht. Ebenso wenig wird auf die Lage der ethnischen Minderheiten, insbesondere der Roma und Aschkali hingewiesen, die sich nach der Unabhängigkeitserklärung in einigen Bereichen weiterhin verschlechtert hat. Auf die Lage von etwa 20 000 Binnenflüchtlingen, von denen einige bis heute in Flüchtlingslagern leben, wird nicht eingegangen.

Zwar haben die ethnischen Spannungen zwischen der Mehrheitsbevölkerung der Kosovoalbaner und der serbischen Minderheit nachgelassen und die Sicherheitslage hat sich im Laufe der letzten Jahre schrittweise verbessert. Sie wird jedoch nach wie vor nicht als stabil eingeschätzt.

Statistiken ethnisch motivierter Konflikte im Kosovo geben keine Übergriffe an, aber das Roma-Aschkali-Documentation Center verweist darauf, dass zahlreiche Übergriffe gegen RAE –Minderheiten nicht zur Anzeige kämen, weil entweder die Opfer fürchten, damit weitere Repressalien heraufzubeschwören oder weil die mehrheitlich albanische Kosovo Police solche Anzeigen nicht aufnimmt und erst recht nicht verfolgt. Einschüchterungen, Angriffe auf religiöse und kulturelle Objekte der Serben, Vandalismus, Einbrüche, Diebstähle, Brandstiftungen, illegale Besetzungen der Wohnungen und Tötlichkeiten werden nach wie vor registriert. Einige Übergriffe auf Roma/RAE-Minderheiten wurden im vergangenen Jahr als „Störung der öffentlichen Ordnung“ kategorisiert, obwohl es sich um Tötlichkeiten und Körperverletzungen handelte. (*Vgl. den informativen Bericht unter Chachipe: Whose responsibility? Reporting on ethnically motivated crime against Roma in Kosovo – A case study, August 2009*).

Der Minister für Arbeit und Soziales der Kosovo-Regierung Nenad Rasic befürchtet negative Auswirkungen auf die Sicherheit und den sozialen Frieden im Land, wenn Rückkehrer aus Deutschland kommen, die im Kosovo nicht entsprechend unterstützt werden. „Wir bräuchten parallel Arbeitsbeschäftigungsprogramme für die Abgeschobenen [...] Unglücklicherweise denken diese Länder, wenn sie das Land anerkennen, reiche das und sie bräuchten nicht mehr tun“, beklagte Rasic in einem ZDF –Interview vom 16. Februar 2010.

<http://monalisa.zdf.de/ZDFde/inhalt/14/0,1872,8013102,00.html>

Wovon die Rückkehrer im Kosovo leben sollen, weiß niemand.

Zum Umgang der kosovarischen Regierung mit Minderheiten und Rückkehrern (S. 4)

Im Bericht wird behauptet, dass die im Juni 2008 in Kraft getretene Verfassung das Parlament und die demokratisch legitimierte Regierung etabliert habe. Die Regierung trete für Toleranz gegenüber den RAE-Minderheiten ein. In allen Gemeindeverwaltungen seien Büros für Minderheiten eingerichtet worden, in denen Angehörige der RAE arbeiten.

GfbV: Die Republik Kosovo hat tatsächlich eine Verfassung, die weitgehende Rechte für Minderheiten garantiert. Entgegen dem in der Verfassung festgeschriebenen multiethnischen Staat ist die Situation der Minderheiten in den meisten Landesteilen jedoch durch ethnische Separierung und Enklavenbildung gekennzeichnet. Innerhalb der Minderheiten kommt der serbischen Minderheit eine wesentlich größere politische Aufmerksamkeit zu als den RAE-Minderheiten. So geht beispielsweise aus einer Presseerklärung der Kosovo Roma Refugee Foundation vom September 2009 hervor, dass es nicht unüblich ist, dass ein Hausbauprojekt für Minderheiten in ein Projekt für ausschließlich serbische Minderheiten umdefiniert wird.

Aus verschiedenen Quellen geht außerdem hervor, dass gesetzliche Quoten für Minderheitenangehörige bei der Arbeitsvermittlung und im öffentlichen Dienst unterlaufen werden.¹

Die OSZE –Mission im Kosovo hat die Behörden in Priština/Prishtinë kritisiert, weil sie ihren Verpflichtungen aus einer im Oktober 2007 angenommenen Strategie zur Wiedereingliederung von rückgeführten Personen nicht nachkommen sind. Zum Umgang mit Rückkehrern hat die Regierung im Oktober 2007 zwar offiziell einen Strategieplan angenommen. Seit April 2008 existiert zudem ein Aktionsplan der Regierung, der die Reintegration von 5000 Rückkehrern im Jahr durch Regierungsstellen und örtliche Gemeinden sicherstellen soll.

Seit der Annahme der Strategie seien nach Recherchen der OSZE aber nur wenige konkrete Schritte zur Umsetzung der Strategie in den kosovarischen Gemeinden unternommen worden. So habe kein kommunaler Haushaltsplan der Jahre 2008 und 2009 Gelder für die Reintegration von Rückkehrern vorgesehen.² Die vorgesehenen Finanzmittel für die Integrationshilfe an rückgeführte Personen seien nicht bereitgestellt worden. „Als Ergebnis bleiben repatriierte Personen oft ohne jede Hilfe“, bemängelt die OSZE.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass es zwar ehrgeizige Dokumente zur Reintegration von Rückkehrern und zur Stärkung der Rechte von Minderheiten gibt, dass diese Maßnahmen aber de facto nur auf dem Papier bestehen. Insbesondere betrifft dies die RAE-Minderheiten.

Sowohl das UNHCR als auch viele Nichtregierungs- und Flüchtlingsorganisation bemängeln den Umgang der Kosovo-Regierung mit den RAE-Minderheiten im Kosovo. ARTE, ARD, ZDF, deutsche und ausländische Medien berichteten 2009

¹ Vgl. PRO ASYL e.V. (Hrsg.), Kosovo. Bericht zur Lebenssituation von aus Deutschland abgeschobenen Roma, Ashkali und Angehörigen der Ägypter-Minderheit im Kosovo, Frankfurt am Main 2009, S. 8 ff.

² Vgl. OSCE Mission in Kosovo (Hrsg.), Implementation of the Strategy for Reintegration of Repatriated Persons in Kosovo's Municipalities, 2009, S. 4 ff.

http://www.osce.org/documents/mik/2009/11/41281_en.pdf

über deren besorgniserregende Lage und warnten vor Abschiebungen dieser Minderheitenangehörigen aus Westeuropa. (siehe Quellennachweise unten)

Zur Sicherheits- und Rechtslage im Kosovo (S. 4, 11)

Die GfbV teilt die positive Einschätzung der EULEX-Mission der Europäischen Union die beim Aufbau von Polizei, Justiz und Verwaltung im Kosovo helfen soll, nicht.

GfbV: Nach einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung³ von November 2009 hat es die EULEX-Mission bisher weder geschafft, etwas gegen die de facto bestehende Teilung des Landes auszurichten, noch effektiv gegen die weit verbreitete Korruption und organisiertes Verbrechen vorzugehen. Stattdessen sorgten die privilegierte Lebenssituation der internationalen Mitarbeiter sowie eigene Verstrickungen in Korruptionsfälle für den Verlust der von EULEX beanspruchten Vorbildfunktion. Avni Zogiani, Leiter einer Anti-Korruptions-NGO, beklagt: „Die größte außenpolitische Mission der EU hat bisher über 200 Millionen Euro gekostet, aber so gut wie nichts geleistet“. 4

Nach wie vor existiert in der Bevölkerung wenig Vertrauen in das politische System, es gilt als korrupt und ineffizient. „Die Existenz der Polizeikräfte, der Staatsanwälte und der Gerichte heißt nicht, dass der Rechtsstaat auch funktioniert“, urteilt der amerikanische Botschafter in Pristina, Christoph Dell.⁵

Vor allem für Rückkehrer ist es nahezu aussichtslos den Rechtsweg einzuschlagen, da Strafverfahren – wie auch aus dem Bericht der Delegation hervorgeht – oft mehrere Jahre hinausgezögert werden. Den Rückkehrern bleibt damit auch die Durchsetzung berechtigter Eigentumsansprüche verwehrt.

Anders als im Bericht behauptet (S.11), haben die Angehörigen der Roma kein Vertrauen in die Kosovo-Polizei. Besonders in Süd-Mitrovica ist ihr Verhältnis angespannt. Der letzte Zwischenfall vom 5. Februar 2010 bei dem sogar Roma-Frauen und Kinder von den Polizisten zusammengeschlagen wurden, sorgte für Panik unter den RAE-Angehörigen. Solche Zwischenfälle schüren Ängste, womit die Rückkehr dieser Minderheiten in die Gegend gefährdet wird.

Zum Problem der Registrierung der Rückkehrer (S. 7)

Im Bericht wird auf die Tatsache verwiesen, dass die Rückkehrer sich grundsätzlich nur in dem Ort registrieren lassen können, in dem sie zur Zeit der Rückreise zuletzt gemeldet waren. Nur dort können Sozialleistungen in Anspruch genommen werden.

GfbV: Unbeachtet bleibt, dass viele Roma bis heute unter Verfolgungsängsten leiden, die es ihnen nahezu unmöglich machen, an ihren ursprünglichen Wohnort zurückzukehren. Häufig sind auch ihre Häuser zerstört und sie fühlen sich an einem Ort, wo es keine Roma-Gemeinschaften mehr gibt, unsicher. In einem Bericht von PRO ASYL wird das Beispiel des Ehepaars Berisha angeführt, für das die Rückkehr an den alten Wohnort lebensgefährlich sein kann, da einem Familienmitglied

³ <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/o6571.pdf>

⁴ Vgl. Enver Robelli, Gewalt und Korruption, in: Süddeutsche Zeitung vom 11.02.2010, S. 7.

⁵ Ebd.

vorgeworfen wird, an Plünderungen beteiligt gewesen zu sein.⁶ Aber selbst wenn keine akute Lebensgefahr besteht, sind die psychischen Folgen von Flucht und Abschiebung oft dramatisch.

Unerwähnt bleibt im Bericht auch, dass viele Roma nach Serbien reisen müssen, wenn sie ihre Ausweispapiere bekommen wollen. Beim Rückzug der serbischen Streitkräfte aus dem Kosovo 1999 wurden Register- und Katasterbücher aus vielen Ortschaften im Kosovo nach Serbien verlegt.

Zur Zuständigkeit der Wiedereingliederungsprojekte (S. 8)

Problematisch und diskriminierend sind nach Meinung der GfbV Bestimmungen, nach denen Projekthilfen sowie Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote sich daran orientieren, ob jemand freiwillig Deutschland verlassen hat oder abgeschoben wurde. So sind die Unterstützungen der AWO Nürnberg vor allem für freiwillige Rückkehrer vorgesehen. Bei dem Projekt URA 2 werden zwar nicht nur freiwillige, sondern auch abgeschobene Rückkehrer einbezogen. Im Bericht wird jedoch nicht erwähnt, dass die im Kosovo wesentliche und am ehesten Erfolg versprechende Wiedereingliederungshilfe der finanziellen Unterstützung von Existenzgründungen ausschließlich freiwilligen Rückkehrern zukommt.⁷

Ferner kritisiert die GfbV, dass Projekte der AWO Nürnberg vor allem für Rückkehrer aus dem Bundesland Bayern und das Projekt URA 2 nur für Rückkehrer aus Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen gilt. Für Rückkehrer aus anderen Ländern stehen somit keine speziellen Wiedereingliederungsprojekte zur Verfügung.

Zur Ausbildung und Qualifizierung von Jugendlichen und Erwachsenen in handwerklichen Berufen im German Training Center (GTC) der Diakonie Trier in Mitrovica (S. 13)

Es war zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Kommentars zwar nicht möglich, genaue Zahlen zu der Teilnahme von Angehörigen der Minderheiten an dem Projekt des Diakonischen Werkes der Ev. Kirchenkreises Trier und Simmern-Trabach zu ermitteln.

Nach Informationen der Diakonie Trier (Telefongespräch vom 17. Februar 2010) und nach Erkenntnissen der GfbV ist es jedoch für Minderheitenangehörige besonders schwer, an den angebotenen Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen teilzunehmen, da Betroffene keine Unterstützung während der Ausbildungs- und Qualifizierungszeit bekommen. Für die Abgeschobenen aus Deutschland, die im Kosovo kein Dach über dem Kopf haben, ist eine Teilnahme schlichtweg nicht möglich, da die Finanzierung nicht sichergestellt ist. Dass zurzeit darüber nachgedacht wird, Unterbringungs- und Verpflegungsmöglichkeiten in der Einrichtung des GTC anzubieten, ist begrüßenswert. Es ist jedoch zu befürchten, dass von diesem Angebot in naher Zukunft kaum eine abgeschobene Familie

⁶ Vgl. PRO ASYL e.V. (Hrsg.), Kosovo. Bericht zur Lebenssituation von aus Deutschland abgeschobenen Roma, Ashkali und Angehörigen der Ägypter-Minderheit im Kosovo, Frankfurt am Main 2009, S. 21.

⁷ Vgl. PRO ASYL e.V. (Hrsg.), Kosovo. Bericht zur Lebenssituation von aus Deutschland abgeschobenen Roma, Ashkali und Angehörigen der Ägypter-Minderheit im Kosovo, Frankfurt am Main 2009, S. 25.

profitieren wird. Dass nach Informationen der Diakonie Trier ein Sonderfond für soziale Härtefälle eingerichtet wird, ist auch Zukunftsmusik.

Die Behauptung, dass Bewohner des Camps Osterode keine Bereitschaft signalisiert haben, von „diesem Qualifizierungsangebot“ (10 Ausbildungsplätze) Gebrauch zu machen, unterstellt ein Desinteresse der Roma/Aschkali, die dort seit Jahren mit ihren Familien vegetieren und verkennt die wahren Umstände, die zu dieser Entscheidung geführt haben – nämlich die Frage, wer sich während ihrer Abwesenheit um ihre Familien kümmern wird. Diese Problematik wurde lt. Bericht auch von den Betroffenen artikuliert und an die Delegation herangetragen.

In diesem Zusammenhang drängt sich auch eine Frage auf, ob die Diakonie sich - mit allem gebührenden Respekt für dieses Projekt - auch Gedanken gemacht hat, auch Roma-Mitarbeiter in ihrem Projekt zu beschäftigen.

Zur Wohnraumsituation im Kosovo (S. 14., 18)

Zur Wohnraumsituation für die Rückkehrer werden im Bericht keine aussagekräftigen Erklärungen hervorgebracht. Es wird sehr allgemein von einer „regen Bautätigkeit „ gesprochen.

GfbV: Wiederaufbauprojekte gehen schleppend voran. Von den 14 000 (von insgesamt 19 000) zerstörten Roma-Häusern sind bis heute nur wenige hundert wiederaufgebaut worden. Selbst das von internationalen Organisationen unterstützte Wiederaufbauprojekt in Süd-Mitrovica (Roma-Mahala) konnte bisher nicht realisiert werden. Dort leben heute von einst 8 000 Roma etwa 600 Menschen. Zum Arzt müssen sie nach Nord-Mitrovica gehen. Auch müssen die Kinder serbische Schulen dort besuchen.

Von den ehemals 8 000 Roma, die in Süd-Mitrovica vor dem Krieg ihre eigenen Häuser und Grundstücke besaßen, konnten bis jetzt wegen des fehlenden Kataster- und Grundbuchwesens nur etwa 300 ihr Eigentum nachweisen. Die Unterbringung in Wohnungen innerhalb von Mehrfamilienhäusern birgt die Gefahr, dass sie ihre ursprünglichen Grundstücke nicht zurückbekommen.

Die Stadt selbst hat jedoch den Rückkehrern nichts anzubieten: weder Behausungen noch gesundheitliche Betreuung, weder Ausbildung noch Arbeit. Die Arbeitslosenquote ist in der Mahala gegen 95 Prozent.

Roma werden außerdem als Mieter selten akzeptiert oder zahlen überhöhte Preise. Die Konsequenz ist, dass die Familien oft auf engstem Raum unter unzumutbaren Bedingungen leben.

Zur Situation im Flüchtlingslager „Osterode“ (S.15)

Der Problematik der bleiverseuchten Flüchtlingslager und der gesundheitlichen Schäden für deren Bewohner, die seit Jahren an Symptomen einer Bleivergiftung leiden, wird im Bericht kaum Beachtung geschenkt.

Die angesprochenen Müllprobleme im Flüchtlingslager „Osterode“ haben damit zu tun, dass die Roma-Müllarbeiter seit Monaten ihre Gehälter nicht bekommen haben und dass sie deswegen ihre Arbeit verweigert haben. Die „scheinbare

Vernachlässigung der Kinder“ (Seite 15) verweist auf einen Hygienemangel, den die GfbV seit 1999 in ihren Berichten dokumentiert hat. Roma-Eltern brauchen in diesem Bereich nach wie vor große Unterstützung. Wir weisen darauf hin, dass es nur eines der Probleme ist. Alle dort lebenden Kinder sind inzwischen krank, weil sie in einer verseuchten Gegend geboren und aufgewachsen sind. Mehr dazu siehe: <http://www.toxicwastekills.com/page21.html>

Der Kommissar für Menschenrechte des Europarats, Thomas Hammarberg, forderte bei seinem letzten Besuch im Lager Osterode eine dringende Evakuierung, unverzügliche medizinische Hilfe und vor allem eine Entgiftungstherapie für alle Lagerbewohner

http://www.toxicwastekills.com/downloads/CoE%20Press%20release%2015_02_10.pdf

Hammarberg betont außerdem die Notwendigkeit, Abschiebungen in den Kosovo zu unterlassen: „Die erzwungene Rückführung von Menschen, die in europäischen Staaten Zuflucht gefunden haben, von Deutschland in den Kosovo sollte ausgesetzt werden“, erklärte er in einem am 15. Dezember 2009 veröffentlichten Schreiben an die deutsche Bundeskanzlerin. Bemerkenswert ist Hammarbergs Hinweis, dass dem Kosovo die Infrastrukturen fehlen, um eine nachhaltige Wiedereingliederung der Flüchtlinge zu ermöglichen.

Aspekte, die im Bericht nicht oder unzureichend behandelt wurden

Bildung

60 Prozent der Roma-Kinder leben unterhalb der Armutsgrenze. Keines ihrer Bedürfnisse nach Nahrung, medizinischer Versorgung, Spielzeug, schulischer Bildung kann ausreichend gedeckt werden.

Etwa 75 Prozent der Roma –Kinder besuchen die Grundschule (nur 25 Prozent der Roma-Kinder besuchen eine weiterführende Schule), aber es fehlt ihnen das Geld für Schulmaterialien. Manche müssen auf Müllhalden nach Essbarem suchen. Es gibt auch eine Anzahl von Kindern, die wegen extremer Armut von ihren Eltern nicht zur Schule geschickt werden können. Sie leben völlig verwahrlost und werden von lokalen Behörden und Verantwortlichen als geistig behindert eingestuft. Die Situation der abgeschobenen Kinder ist katastrophal. Bis jetzt gibt es im Kosovo keine speziellen Förderungsmaßnahmen und keine Integrationsangebote. Sie werden mit einer Chancen- und Perspektivlosigkeit konfrontiert, die sie soweit traumatisiert, dass sie oft Schule abbrechen. Mehr dazu siehe Presseerklärung der Europaabgeordneten Barbara Lochbihler (Grüne, Mitglied des Deutschen Komitees für UNICEF v.16.2.2010

eu-presse-lochbihler@gruene-europa.de

Medizinische Versorgung

Es sollen zwar auch alle Minderheitengehörigen Zugang zur medizinischen Grundversorgung haben. Medikamente sind aber entweder nur mit einer Selbstbeteiligung von 10-17 % zu erhalten oder Gebühren müssen in voller Höhe bezahlt werden. Viele Roma können die hohen Preise für Behandlungen und Medikamente gar nicht bezahlen. Oft bleiben Alte und Kranke ohne medizinische

Versorgung. Nach Angaben des UNHCR fehlen im Kosovo insbesondere für Herz- und Krebserkrankungen entsprechende Behandlungsmöglichkeiten.

Arbeitsmarkt

Am prekärsten sieht die Lage auf dem Arbeitsmarkt mit einer Arbeitslosenquote von etwa 45 % aus. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 70 Prozent. Roma sind vom regulären Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Die Arbeitslosigkeit unter den Roma ist ca. 95 %. Zu erwähnen ist, dass gesetzlich vorgeschriebene Quoten für Minderheitenangehörige (wie z.B. bei der Arbeitsvermittlung oder bei der Beschäftigung im öffentlichen Dienst) unterlaufen werden. Rückkehrer und Abgeschobene werden häufig benachteiligt, weil auch Familienmitglieder noch immer davon ausgehen, dass Rückkehrer aus Westeuropa übers Erspartes verfügen müssen, das sie nur nicht mit der Familie teilen wollen.

Sozialsystem

Nach Angaben der Weltbank leben im Kosovo 37 % der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze (Einkommen unter 1,37 Euro pro Tag und Erwachsener) 15 % unterhalb der Grenze extremer Armut (Einkommen unter 0,93 Euro pro Tag und Erwachsener). Die Löhne liegen bei durchschnittlich 220 Euro im Monat.

Betroffen sind vor allem Alte, Behinderte, Bewohner kleiner oder abgelegener Städte und Gemeinden sowie die Angehörigen der nicht-serbischen Minderheiten wie Roma und Aschkali. Die Armut in Kosovo wirkt sich auch auf andere Bereiche aus: der Sektor Erziehung ist unterfinanziert, an den Schulen wird in drei bis vier Schichten unterrichtet. Die Gesundheitsdaten der Bewohner gehören zu den schlechtesten in Südosteuropa.

Abgeschobene bekommen nur unter Schwierigkeiten Zugang zu der ohnehin nicht ausreichenden Sozialhilfe im Kosovo. Die Anspruchsberechtigung ist sehr eingeschränkt. Personen bzw. Paare über 65 Jahre erhalten ein Altersgeld von 35-45 EUR. Familien mit Kindern unter fünf Jahren können zwischen 35 und 75 Euro bekommen.

Insgesamt deckt die Sozialhilfe nicht einmal die Kosten für Lebensmittel. Ansprüche sind oft nur schwer durchzusetzen und ausschließlich in der Kommune, in der eine Person oder Familie vor der Flucht gemeldet war.

Fazit:

Die GfbV bittet das niedersächsische Innenministerium, die Augen vor den Gefahren, denen Angehörige von Minderheiten im Kosovo ausgesetzt sind, nicht zu schließen und die erzwungene Rückführung von Menschen, die in Deutschland Zuflucht gefunden haben, auszusetzen. Deutschland ist verpflichtet, Menschen zu schützen, denen in ihrem Herkunftsland Menschenrechtsverletzungen und schwerwiegende Diskriminierung und Armut drohen. Unsere Menschenrechtsorganisation ist mit ihrem Vertreter vor Ort. Er ist jederzeit bereit, auf Anfragen zu antworten und deutschen Repräsentanten bei Kosovo-Informationsreisen zur Seite zu stehen.

Jasna Causevic

Dokumente, Stellungnahmen, Berichte:

Republic of Kosovo, Strategy for the Integration of Roma, Ashkali and Egyptian Communities in the Republic of Kosovo 2009-2015, December 2008.

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=238&Itemid=1

http://www.osce.org/documents/mik/2009/11/41281_en.pdf

http://www.unhcr.de/uploads/media/UNHCR_Kosovo_Richtlinien_Nov09_dt.pdf?PHPSESSID=e88015e85636609fd087a2fd350c8606

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=22&Itemid=35#Aktuelle

http://www.hrw.org/sites/default/files/reports/kosovo0609webwcover_1.pdf

<http://www.gfbv.ch/pdf/dossier%20of%20evidence%20with%20hyperlinks%20062009.pdf>

http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/q_PUBLIKATIONEN/Kosovo_Bericht_2009.pdf
<http://www.unicef.de/7218.html>

Medienspiegel:

Enver Robelli, Gewalt und Korruption, in: Süddeutsche Zeitung vom 11.02.2010.

<http://www.arte.tv/de/Die-Welt-verstehen/3006914.html>

<http://tagesspiegel.de/politik/international/Kosovo;art123,2985577>

<http://www.thesun.co.uk/sol/homepage/features/2771943/UN-left-hundreds-of-Kosovo-kids-to-die-of-lead-poisoning.html>

<http://mediathek.ard.de/ard/servlet/content/3517136?documentId=3391424>

